



Foto: Pixabay/esilul

Landwirtschaft und ländliche Räume haben Vorrang

Stefanie Sabet

Ländliche Räume und Landwirtschaft gehören untrennbar zusammen. Nur eine starke, gemeinsame Agrarpolitik und eine nachhaltige Unterstützung durch Bund und Länder sichern die Zukunft unserer ländlichen Räume und erhalten die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft.

Landwirtschaft und ländliche Räume in den Mittelpunkt rücken

Ländliche Räume prägen unser Land: Sie machen rund 90 % der Fläche Deutschlands aus. Diese Regionen sind das Fundament der Landwirtschaft und Lebensraum für Millionen Menschen. Es ist daher notwendig, eine hohe Lebensqualität, Wirtschaftskraft und kulturelle Vielfalt in ländlichen Regionen zu fördern.

Die Landwirtschaft ist dabei der zentrale Anker im ländlichen Raum. Sie bietet den Menschen Perspektive und sorgt für regionale Wertschöpfung, sie erhält die Kulturlandschaft und trägt maßgeblich zur Versorgungssicherheit bei. Ohne eine starke, zukunftsfähige Landwirtschaft verlieren ländliche Räume ihre wirtschaftliche Basis und ihre gesellschaftliche Stabilität. Die Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte gehen weit über die reine Produktion von Lebensmitteln hinaus: Sie gestalten das soziale und kulturelle Leben, engagieren sich in Vereinen und Initiativen und sind Innovationstreiber für nachhaltige Entwicklung.

Die politischen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume müssen sich dringend verbessern. Gerade die EU hat mit der Gemeinsamen Agrarpolitik eine große Verantwortung, einen gemeinsamen Rahmen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu schaffen. Die anstehenden Reformen ab 2028 müssen die Einkommen aller landwirtschaftlichen Betriebe stärken und Bürokratie wirksam abbauen.

Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, werden die europäischen Landwirtinnen und Landwirte am 18. Dezember mit einer gemeinsamen Aktion in Brüssel ein deutliches Signal für eine starke, gemeinsame Agrarpolitik, fairen Handel und Bürokratieabbau setzen. Der Deutsche Bauernverband unterstützt eine friedliche Demonstration für wirksame Entlastungen der Betriebe ausdrücklich. Klare Botschaft muss es sein, die Bedeutung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume als Anker für unsere Gesellschaft und Wirtschaft wieder in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen zu stellen.

EU-Agrarpolitik gemeinsam und planbar machen

Es ist unerlässlich, dass Landwirtschaftspolitik und Politik für ländliche Räume immer gemeinsam gedacht und gestaltet werden. Eine isolierte Betrachtung wird den Chancen und komplexen Herausforderungen vor Ort nicht ge-



Die Generalsekretärin vor Ort in den Landesverbänden: Stefanie Sabet besuchte gemeinsam mit BLHV-Präsident Bernhard Bolkart den Obstbaubetrieb der Familie Buhl in Stockach-Wahlwies.

Foto: BLHV

recht. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist das zentrale Instrument, um die Landwirtschaft und die Entwicklung ländlicher Räume gemeinsam zu fördern. Sie verbindet gezielte Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Infrastruktur, zur Förderung von Innovation und zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Für die nächste Förderperiode ab 2028 fordert der Deutsche Bauernverband daher eine GAP, die die Gemeinsamkeit in der Agrarpolitik unbürokratisch in den Mittelpunkt rückt. Beide Säulen – die Förderung der Landwirtschaft und die gezielte Unterstützung ländlicher Räume – müssen gestärkt und aufeinander abgestimmt werden. Die aktuellen Reformvorschläge der EU-Kommission gehen aus Sicht der europäischen Landwirtschaft in die falsche Richtung. Sie drohen die bewährte Verbindung zwischen Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung zu schwächen und gefährden damit die Perspektiven vieler Betriebe. Der Deutsche Bauernverband stellt sich daher klar gegen diese Vorschläge und verlangt von der Politik deutliche Korrekturen für eine tragfähige, nachhaltige GAP, die allen landwirtschaftlichen Betrieben eine Zukunft bietet.

Das EU-Parlament hat gefordert, die GAP stärker auf die Entwicklung ländlicher Räume auszurichten und zweckgebundene Mittel bereitzustellen, damit ländliche Regionen nicht mit Städten um EU-Gelder konkurrieren müssen. Die EU-Kommission hat daraufhin ein neues „ländliches Ziel“ vorgeschlagen, wonach mindestens 10 % der nicht zugewiesenen Mittel aus den nationalen Plänen künftig

für ländliche Gebiete zu reservieren sind. Dies entspricht EU-weit einem Mindestbudget von 45,3 Mrd. Euro im Zeitraum 2028–2034 – deutlich weniger als die bisherigen 96 Mrd. Euro. Der geplante Wegfall der zweiten Säule der GAP würde damit aber nicht ausgeglichen werden und der Fortbestand bewährter Maßnahmen bliebe ungewiss. Nachhaltigkeit, Resilienz, Investitionen, Innovationen und der Generationenwechsel in der Landwirtschaft werden jedoch nur über ein eigenständiges und zweckgebundenes Budget für die zweite Säule der GAP gesichert. Hier muss weiter nachgebessert werden.

Knappe Kassen erfordern Prioritäten

Eine nachhaltige Unterstützung durch Bund und Länder für Landwirtschaft und ländliche Räume muss eine Priorität auch bei herausfordernden Haushaltslagen sein. Die zusätzlichen 2,5 Mio. Euro für den Haushaltstitel „Heimat“ und 12,5 Mio. Euro für eine zukunftsfähige, umwelt- und ressourcenschonende Landwirtschaft sowie den ökologischen Landbau im Bundeshaushalt 2026 setzen zentrale Forderungen des Deutschen Bauernverbandes um. Hingegen verhindern die Kürzungen im Bundesprogramm Umbau Tierhaltung (–25 Mio. Euro) die Zukunft der Stallumbau-Förderung. Ohne eine zuverlässige Finanzierung sind unter den gegebenen Rahmenbedingungen die Perspektiven für die Tierhaltung gefährdet. Der Deutsche Bauernverband fordert daher deutliche Entlastungen und Planungssicherheit für die Tierhaltung als einer der tragenden Säulen der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgungssicherheit.

Ein richtiger Schritt ist die Berücksichtigung ländlicher Räume im Sondervermögen, die jedoch durch konkrete Maßnahmen in den Bundesländern untermauert werden muss, um tatsächlich Wirkung zu entfalten. Hier fordert der Deutsche Bauernverband eine konsequente und praxisnahe Umsetzung, damit die Mittel zielgerichtet bei den Menschen und Betrieben vor Ort ankommen.

Aber auch jenseits der herausfordernden Haushaltsdebatten können Landwirtschaft und ländliche Räume durch die richtige Prioritätensetzung von Bund und Ländern gefördert werden. Dazu gehören etwa die richtigen Impulse bei der Energiewende, dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen bei Bau- und Infrastrukturprojekten oder auch ein wirksames Bestandsmanagement von geschützten, aber nicht gefährdeten Arten. Der Deutsche Bauernverband setzt sich mit seinen Mitgliedern dafür ein, dass solche Regelungen die ländlichen Räume stärken und dass gleichzeitig landwirtschaftliche Produktionsflächen sowie die Kulturlandschaft bewahrt werden. Unsere Forderung ist klar: Landwirtschaft und ländliche Räume haben Vorrang!

Mit BWV-Präsident Marco Weber auf dem Weingut Richter in Winnigen an der Mosel. Die Antrittsbesuche in den Landesverbänden zeigen deutlich: Die Landwirtschaft ist der zentrale Anker im ländlichen Raum.

Foto: BWV Rheinland-Nassau

